



4.8 Allgemeine Entschädigungsregelung der Ärztekammer Berlin

vom 27. Februar 2013 (ABl. S. 1252), die zuletzt durch die Zweite Änderung vom 15. November 2017 geändert worden ist (ABl. S. 5899)

Für die Wahrnehmung von Geschäften, die im Interesse der Ärztekammer Berlin aufgrund von Gesetz, Satzung, Vertrag oder Organbeschlüssen wahrgenommen werden (Dienstgeschäfte), gewährt die Ärztekammer Berlin Auslagererstattung und Entschädigung nach Maßgabe dieser Entschädigungsregelung, soweit nicht nach anderen Regelungen Entschädigung zu leisten oder Auslagen zu erstatten sind.

I. Auslagererstattung bei Dienstreisen

§ 1 Grundsätze

- (1) Dienstreisen sind Reisen zur Erledigung von Dienstgeschäften außerhalb der Dienststätte. Sie müssen schriftlich oder elektronisch angeordnet oder genehmigt worden sein, es sei denn, dass eine Anordnung oder Genehmigung nach dem Amt des Dienstreisenden oder dem Wesen des Dienstgeschäfts nicht in Betracht kommt.
- (2) Dienststätte im Sinne dieser Entschädigungsregelung sind das Gebäude der Ärztekammer Berlin, Friedrichstraße 16 und die Räume der Ärztekammer Berlin in der Friedrichstraße 235 und 236 in 10969 Berlin.
- (3) Die Dauer der Dienstreise bestimmt sich nach der Abreise und Ankunft an der Wohnung, es sei denn, die Dienstreise beginnt oder endet an der Dienststätte.
- (4) Auf die Auslagererstattung bei Dienstreisen findet das Bundesreisekostengesetz (BRKG) in seiner jeweils geltenden Fassung entsprechende Anwendung, soweit sich aus den Bestimmungen dieser Entschädigungsregelung nichts Abweichendes ergibt.
- (5) Für Dienstgeschäfte innerhalb der Stadtgrenzen Berlins kann eine Auslagererstattung nur nach §§ 2, 3 und 6 erfolgen.

§ 2 Fahrt- und Flugkostenerstattung

- (1) Für Strecken, die mit regelmäßig verkehrenden Beförderungsmitteln zurückgelegt worden sind, werden die entstandenen notwendigen Fahrt- und Flugkosten erstattet.

- (2) Wurde aus triftigem Grund ein Mietwagen oder ein Taxi benutzt, werden die entstandenen notwendigen Kosten erstattet.

§ 3 Wegstreckenentschädigung

- (1) Für Fahrten mit anderen als den in § 2 genannten Beförderungsmitteln wird eine Wegstreckenentschädigung gewährt. Für die Benutzung eines Kraftfahrzeugs oder eines anderen Fahrzeugs wird als Wegstreckenentschädigung ein Kilometergeld nach dem jeweils steuerfreien Höchstsatz gewährt. Bei Inanspruchnahme von Kilometergeld darf der Gesamtbetrag der Wegstreckenentschädigung die Kosten eines regelmäßig verkehrenden Beförderungsmittels grundsätzlich nicht übersteigen.
- (2) Eine Wegstreckenentschädigung wird Dienstreisenden nicht gewährt, wenn sie eine von der Ärztekammer Berlin unentgeltlich zur Verfügung gestellte Beförderungsmöglichkeit nutzen konnten oder von anderen Dienstreisenden der Ärztekammer Berlin oder einer anderen Behörde oder Organisation unentgeltlich mitgenommen wurden.

§ 4 Tagegeld

- (1) Als Ersatz von Mehraufwendungen für Verpflegung erhalten Dienstreisende ein Tagegeld, das sich nach § 4 Absatz 5 Satz 1 Nr. 5 Sätze 2 und 4 des Einkommenssteuergesetzes bemisst.
- (2) Erhalten Dienstreisende unentgeltlich Frühstück, Mittag- oder Abendessen, so wird das Tagegeld entsprechend § 6 Absatz 2 Bundesreisekostengesetz gekürzt. Der Vorstand kann in besonderen Fällen niedrigere Kürzungssätze zulassen.
- (3) Besteht zwischen der Dienststätte oder der Wohnung und der Stelle, an der das Dienstgeschäft erledigt wird, nur eine geringe Entfernung, wird Tagegeld nicht gewährt. Eine geringe Entfernung ist regelmäßig anzunehmen, wenn das Dienstgeschäft innerhalb der Stadtgrenze von Berlin erledigt wird.



§ 5 Übernachtungskosten

- (1) Für Dienstreisen wird ein Übernachtungsgeld in Höhe des steuerfreien Höchstbetrages gewährt.
- (2) Sind die nachgewiesenen Übernachtungskosten höher als das Übernachtungsgeld, so wird der Mehrbetrag bis zu einem Höchstbetrag von 150 Euro erstattet. Höhere Übernachtungskosten werden erstattet, soweit hierfür ein triftiger Grund besteht.
- (3) Bei Dienstreisen am oder zum Wohnort sowie am oder zum Ort der Dienststätte wird kein Übernachtungsgeld gewährt und es werden keine Übernachtungskosten erstattet.
- (4) Weitere Kosten werden als Nebenkosten erstattet, soweit sie unvermeidbar sind. Über den Fall der Unvermeidbarkeit entscheidet die Geschäftsführung im begründeten Einzelfall.

§ 6 Erstattung von Nebenkosten

- (1) Zur Erledigung eines Dienstgeschäftes notwendige Auslagen, die nicht nach den §§ 1 bis 5 zu erstatten sind, werden bei Nachweis als Nebenkosten erstattet. Über die Notwendigkeit der Auslagen entscheidet die Geschäftsführung. Überschreiten die Nebenkosten 300 Euro je Dienstreise, ist der Vorstand in geeigneter Weise zu informieren.
- (2) Als Auslagen gelten auch die Kosten für die Betreuung eines im Haushalt lebenden Kindes, das bei Beginn des Dienstgeschäftes das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet hat und auf Hilfe angewiesen ist, sowie für pflegebedürftige Angehörige ab Pflegestufe 2. Der Anspruch besteht nur, soweit eine im Haushalt lebende Person die Betreuung nicht übernehmen kann.
- (3) Parkgebühren an Flughäfen und Bahnhöfen werden für eine Parkdauer von höchstens 72 Stunden erstattet.
- (4) Der Vorstand kann beschließen, die Erstattung der Nebenkosten als Pauschale zu gewähren.

II. Entschädigung

§ 7 Entschädigung für Verdienstausschlag

- (1) An ehrenamtlich tätige angestellte oder beamtete Ärztinnen und Ärzte wird bei Dienstreisen bei nachgewiesenem Verdienstausschlag eine Entschädigung für jede angefangene Stunde der versäumten Arbeitszeit/Dienstzeit gezahlt. Die

Entschädigung richtet sich nach dem regelmäßigen Bruttoverdienst. Sie wird für höchstens acht Stunden je Tag und maximal in Höhe von 360 Euro je Tag gezahlt. Der Nachweis erfolgt durch eine vom Arbeitgeber/Dienstherrn erstellte Bescheinigung über den finanziellen Ausfall.

- (2) An ehrenamtlich tätige niedergelassene oder sonstige freiberuflich tätige Ärztinnen und Ärzte wird bei Dienstreisen für tatsächlichen Praxisausfall oder sonstigen Verdienstausschlag eine Entschädigung von 180 Euro je angefangenen Halbtage gezahlt. Dabei ist bei einer vollzeitig betriebenen Arztpraxis von einem 8-Stundentag auszugehen, so dass der Halbtage vier Stunden beträgt.
- (3) Ehrenamtlich tätige Ärztinnen und Ärzte können für Dienstgeschäfte innerhalb der Stadtgrenzen Berlins eine Entschädigung für Verdienstausschlag erhalten, sofern es sich um Dienstgeschäfte handelt, die nicht anders als in der dienstplanmäßigen Arbeitszeit oder in der Zeit der Sprechstundentätigkeit des Arztes/der Ärztin stattfinden können und länger als zwei Stunden dauern.

§ 8 Entschädigung Präsident/Präsidentin und Vizepräsident/Vizepräsidentin

- (1) Präsident/Präsidentin und Vizepräsident/Vizepräsidentin erhalten als Entschädigung für Verdienstausschlag die Kosten einer Freistellung von der Arbeit oder die Kosten einer Vertretung oder einer Assistenz gemäß der Absätze 2 und 3.
- (2) Die Entschädigung des Präsidenten/der Präsidentin erfolgt monatlich entweder
 - a) pauschal in Höhe von 6.400 Euro oder
 - b) gegen Nachweis des tatsächlich entgangenen Arbeitsentgeltes aus abhängiger Beschäftigung, bis maximal der Vergütung der Entgeltgruppe IV "Leitende Oberärztin/leitender Oberarzt" gemäß der jeweils geltenden Anlage zu § 18 (Entgelttabelle) des Tarifvertrages für Ärztinnen und Ärzte an kommunalen Krankenhäusern im Bereich der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (TV-Ärzte/VKA) oder bis maximal einer entsprechenden Entgeltgruppe des jeweils angewendeten Tarifvertrages, jeweils nebst Zuschlägen analog § 37 Absatz 2 Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG). Bei bezahlter Freistellung erfolgt die Entschädigung nach Satz 1 einschließ-



lich der Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung direkt gegenüber dem Arbeitgeber.

- (3) Die Entschädigung des Vizepräsidenten/der Vizepräsidentin nach Absatz 1 erfolgt monatlich pauschal in Höhe von 3.200 Euro oder gegen Nachweis bis zur Hälfte der in Absatz 2 b) genannten Positionen.

§ 9 Entschädigung für Zeitaufwand

- (1) Ehrenamtlich Tätige, die im Zusammenhang mit der Erledigung ihrer Aufgaben für die Ärztekammer Berlin einen erheblichen Zeitaufwand haben, erhalten eine Entschädigung gemäß Absatz 2. Ist eine Gesamtentschädigung für einen Ausschuss ausgewiesen, entscheidet der Vorstand auf Vorschlag des Ausschusses über die Verteilung der Entschädigung auf die Ausschussmitglieder. Solange Beschlüsse nach Satz 2 nicht gefasst sind, erhalten die Vorsitzenden und deren höchstens zwei Stellvertreter eine Entschädigung gemäß Absatz 2.

- (2) Die Entschädigung für erheblichen Zeitaufwand ist, sofern im Folgenden nichts anderes geregelt ist, auf Kalendermonate bemessen. Sie wird im folgenden Umfang gewährt:

- a) Vorstand 15.000 Euro

Der Vorstand entscheidet über die Verteilung des Gesamtbeitrages auf seine Mitglieder.

- b) Weiterbildungsausschüsse

Weiterbildungsausschuss I 1.200 Euro

Weiterbildungsausschuss II 1.200 Euro

Weiterbildungsausschuss III 1.200 Euro

Weiterbildungsausschuss IV 1.200 Euro

Weiterbildungsausschuss V 1.200 Euro

Weiterbildungsausschuss VI 1.200 Euro

Vorsitzender/Vorsitzende des Weiterbildungsausschusses I 700 Euro

je Stellvertreter 250 Euro

Vorsitzender/Vorsitzende des Weiterbildungsausschusses II 700 Euro

je Stellvertreter 250 Euro

Vorsitzender/Vorsitzende des Weiterbildungsausschusses III 700 Euro

je Stellvertreter 250 Euro

Vorsitzender/Vorsitzende des Weiterbildungsausschusses IV 700 Euro

je Stellvertreter 250 Euro

Vorsitzender/Vorsitzende des Weiterbildungsausschusses V 700 Euro

je Stellvertreter 250 Euro

Vorsitzender/Vorsitzende des Weiterbildungsausschusses VI 700 Euro

je Stellvertreter 250 Euro

Vorsitzender/Vorsitzende des Gemeinsamen Weiterbildungsausschusses 400 Euro

- c) Widerspruchsstelle 725 Euro

Vorsitzender/Vorsitzende 325 Euro

je Stellvertreter 200 Euro

- d) Fortbildungsgremien

1.1 Fortbildungsausschuss 1.200 Euro

Vorsitzender/Vorsitzende des Fortbildungsausschusses 700 Euro

je Stellvertreter 250 Euro

1.2 Beirat für Fortbildungsanerkennung

je Mitglied pro Sitzung 90 Euro

- e) Die Mitglieder der Delegiertenversammlung erhalten für jede Sitzung der Delegiertenversammlung, an der sie teilgenommen haben, eine pauschale Entschädigung von 100 Euro

- f) Strahlenschutzbeauftragter/Strahlenschutzbeauftragte 400 Euro

Stellvertreter/Stellvertreterin, pro Stunde 50 Euro



g) die Leiter und Leiterinnen der Kommissionen der Ärztlichen Stelle Qualitätssicherung – Strahlenschutz Berlin (ÄSQSB) je	230 Euro
Mitglieder der Prüfungskommissionen mit Ausnahme der Leiter und Leiterinnen, für die Teilnahme an Sitzungen der Prüfungskommissionen sowie Gutachter der ÄSQSB pro Stunde	50 Euro
h) Peers für die Qualitätssicherung in der Transfusionsmedizin, in eigener Praxis pro durchgeführtem Peer Review	170 Euro
Angestellte oder anderweitig freiberuflich in Praxen oder anderen Einrichtungen tätige Ärztinnen und Ärzte pro durchgeführtem Peer Review	50 Euro
i) Ausschuss Medizinische Fachberufe	1.200 Euro
Vorsitzender/Vorsitzende	700 Euro
Stellvertreter/Stellvertreterin	250 Euro
j) Mitglieder des Fachsprachausschusses für die Teilnahme an Sitzungen	
pro Stunde	36 Euro
pro Sitzung höchstens	100 Euro
k) Mitglieder des Ausschusses für die Wahl zur Delegiertenversammlung (Wahlausschuss) für die Teilnahme an Sitzungen	
pro Stunde	50 Euro
l) Mitglieder des Arbeitskreises Drogen und Sucht für ihre ehrenamtlichen Tätigkeiten im Rahmen des Interventionsprogramms für Mitglieder der Ärztekammer Berlin mit problematischem Substanzkonsum	
pro Stunde	100 Euro

(3) Für die Berechnung der Entschädigung nach Buchstaben k) und l) werden die Minuten pro Einsatztag addiert. Die letzte bereits begonnene viertel Stunde wird voll berechnet. Erfolgen an einem Tag Einsätze zu unterschiedlichen Einzelfällen, kann die Berechnung für diesen Tag fallbezogen erfolgen. Dies gilt nicht für Sitzungen, in denen mehrere Fälle beraten werden. Sofern für die Abrechnung Formulare bereitgestellt werden, sind diese zu verwenden.

§ 10 Übergangsgeld

- (1) Präsident/Präsidentin und Vizepräsident/Vizepräsidentin erhalten, wenn sie aus dem Amt ausscheiden, ein monatliches Übergangsgeld. Das Übergangsgeld beträgt 100 % der nach § 8 Absätze 2 und 3 gezahlten Entschädigung für Verdienstausschlag. Sie wird nach dem Durchschnitt der in den letzten 12 vollen Kalendermonaten vor dem Ausscheiden gezahlten Entschädigung berechnet.
- (2) Das Übergangsgeld wird für einen Monat für jeweils ein Amtsjahr gewährt.
- (3) Der unmittelbare Wechsel vom Amt des Vizepräsidenten/der Vizepräsidentin in das des Präsidenten/der Präsidentin oder umgekehrt gilt nicht als Ausscheiden aus dem Amt.
- (4) Anstelle der monatlichen Bezüge ist eine Abfindung insgesamt zulässig.
- (5) Stirbt der nach der vorstehenden Regelung Anspruchsberechtigte, geht der Anspruch auf Witwe/Witwer oder Waisen über.

§ 11 Entschädigung der Prüferinnen und Prüfer

- (1) Für die Abnahme einer Prüfung nach der Weiterbildungsordnung der Ärztekammer Berlin erhält jedes von der Ärztekammer Berlin benannte oder berufene Mitglied eines Prüfungsausschusses je Prüfung eine Grundentschädigung von 43 Euro sowie je Prüfling eine Entschädigung von 21 Euro. Finden mehrere Prüfungen in zeitlichem Zusammenhang statt, wird die Grundentschädigung nur einmal gezahlt.
- (2) Absatz 1 gilt auch für die Durchführung von Fachgesprächen nach Röntgenverordnung (RöV) und Strahlenschutzverordnung (StrlSchV). Wird eine Prüfung nach der Weiterbildungsordnung der Ärztekammer Berlin in zeitlichem Zusammenhang durchgeführt, wird die Grundentschädigung gemäß Absatz 1 nur einmal gezahlt.



(3)

- a) Für die Abnahme einer Fachsprachprüfung erhält jedes von der Ärztekammer Berlin benannte oder berufene Mitglied eines Prüfungsausschusses Fachsprache je Prüfung eine Grundentschädigung von 50 Euro sowie 50 Euro je Prüfling. Finden mehrere Prüfungen in zeitlichem Zusammenhang statt, wird die Grundentschädigung nur einmal gezahlt. Bei der Abnahme von mehr als vier Prüfungen in einem zeitlichen Zusammenhang beträgt die Grundentschädigung 100 Euro.
- b) Für jeden im Auftrag der Ärztekammer Berlin erstellten und eingereichten Prüfungsfall für die Fachsprachprüfung, der vollumfänglich/mit geringfügigen Einschränkungen verwendet werden kann, wird eine Entschädigung in Höhe von 50 Euro je Fall gezahlt.

§ 12 Entschädigung für die Tätigkeit in der Ethik-Kommission

- (1) Die Mitglieder der Ethik-Kommission erhalten für ihre Tätigkeit nach § 2 Absätze 1 und 2 sowie nach § 18 Absätze 1 und 2 der Satzung der Ethik-Kommission bei der Ärztekammer Berlin auf der Grundlage des § 17 der Satzung eine Entschädigung.
- (2) Für die Bearbeitung von Anträgen, Berichten, Anzeigen und Meldungen beträgt die Entschädigung für
- a) Erstanträge, Änderungsanträge mit einer Sitzung
- | | |
|--------------------------|----------|
| Vorsitzender/Vorsitzende | 110 Euro |
| Ausschussmitglieder | 75 Euro |
- b) Erstanträge, Änderungsanträge mit besonders niedrigem Beratungsaufwand
- | | |
|--------------------------|---------|
| Vorsitzender/Vorsitzende | 55 Euro |
| Ausschussmitglieder | 35 Euro |
- c) jede weitere Sitzung zu einem Antrag
- | | |
|--------------------------|---------|
| Vorsitzender/Vorsitzende | 55 Euro |
| Ausschussmitglieder | 35 Euro |

d) Berichte, Anzeigen, Meldungen

- | | |
|--|---------|
| - Kenntnisnahme durch den Vorsitzenden | 35 Euro |
| - Beratung durch den Ausschuss | |
| Vorsitzender/Vorsitzende | 55 Euro |
| Ausschussmitglieder | 35 Euro |

§ 13 Entschädigung der Mitglieder der Lebendspendekommission

- (1) Die von der Ärztekammer Berlin berufenen Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder der gemeinsamen Lebendspendekommission der Ärztekammer Berlin und der Landesärztekammer Brandenburg erhalten für die Teilnahme an Sitzungen der Lebendspendekommission eine Entschädigung in Höhe von 128 Euro für jeden ersten Fall. Für jeden weiteren Fall beträgt die Entschädigungssumme 98 Euro. Zusätzliche Auslagen und Fahrtkosten werden für Berliner Mitglieder nicht erstattet.
- (2) Sachverständige und Zeugen werden nach den Regelungen des Justizvergütungs- und Entschädigungsgesetzes (JVEG) entschädigt.

§ 14 Entschädigung der Mitglieder des ärztlichen Expertenkreises für berufsrechtliche Angelegenheiten

- (1) Mitglieder des vom Vorstand der Ärztekammer Berlin entsprechend § 9 der Geschäftsordnung der Ärztekammer Berlin gebildeten ärztlichen Expertenkreises für berufsrechtliche Angelegenheiten werden ehrenamtlich tätig. Die Ärztekammer Berlin zahlt für Zeitversäumnis eine angemessene Entschädigung, soweit eine Entschädigung nicht von anderer Stelle gewährt wird. Die Entschädigung wird pro Fall (berufsrechtlicher Sachverhalt) für jede aufgewendete Stunde (60 Minuten) pauschal gemäß Absatz 3 gewährt. Die für einen Fall insgesamt aufgewendeten Zeiten werden für die Berechnung der Entschädigung addiert. Dabei wird die letzte bereits begonnene Stunde voll gerechnet. Das Zeitversäumnis für An- und Abreise wird pauschal mit 10 Euro entschädigt. Für jeden Fall können bis zu 500 Euro Entschädigung für Zeitversäumnis gewährt werden. Nachweise müssen nicht vorgelegt werden.
- (2) Die Entschädigung ist je Quartal oder jährlich bis zum 15. Januar des Folgejahres abzurechnen. Der Anspruch auf Entschädigung erlischt,



wenn er nicht bis zum 31. März des Folgejahres, nachdem er entstanden ist, geltend gemacht wird. Für die Abrechnung der Entschädigung sind von der Ärztekammer Berlin herausgegebene Formulare zu verwenden.

(3) Entschädigung wird gewährt für:

- | | |
|---|---------|
| a) Erläuterung medizinischer Sachverhalte und Zusammenhänge im persönlichen Gespräch
je Stunde pauschal: | 50 Euro |
| b) schriftliche Bewertung medizinischer Sachverhalte
je Stunde pauschal: | 50 Euro |
| c) schriftliche Bewertung medizinischer Unterlagen
je Stunde pauschal: | 50 Euro |
| d) gutachterliche Beurteilung bestimmter medizinischer Behandlungsmethoden
je Stunde pauschal: | 50 Euro |

§ 15 Entschädigung für Kinderbetreuungsaufwand

Mitglieder des Vorstandes, der Delegiertenversammlung, des Wahlausschusses sowie der in § 7 Absatz 2 Buchstaben f) bis h), j) bis l) und in Absatz 3 der Hauptsatzung genannten Gremien der Ärztekammer Berlin haben für die Teilnahme an den Sitzungen der genannten Gremien, denen sie angehören, nach Vorlage eines ausgefüllten und unterzeichneten Abrechnungsformulars der Ärztekammer Berlin, Anspruch auf eine pauschale Entschädigung für Kinderbetreuungsaufwand, in Höhe von

- | | |
|---|---------|
| a) pro Sitzung für die Dauer der An- und Abfahrt pauschal: | 13 Euro |
| b) für jede angefangene Sitzungsstunde (60 Minuten) pauschal: | 13 Euro |

wenn

1. im Haushalt des Teilnehmers ein Kind im Alter bis zum 10. Lebensjahr lebt oder
2. im Haushalt des Teilnehmers ein Kind lebt, das aus gesundheitlichen Gründen ständig betreut werden muss,

sofern in den Fällen der Punkte 1. und 2. eine im Haushalt lebende Person die Betreuung nicht übernehmen konnte und für die Abwesenheit eine kostenpflichtige Kinderbetreuung beauftragt und bezahlt wurde.

§ 16 Verfahren

Für Dienstreisen und Dienstgeschäfte in den ersten drei Quartalen eines Jahres muss die Abrechnung bis zum Ende des Kalenderjahres, für Dienstreisen und Dienstgeschäfte im vierten Quartal eines Jahres muss die Abrechnung bis zum 31. Januar des folgenden Jahres erfolgen.

§ 17 Inkrafttreten/Außerkräftreten

Diese Entschädigungsregelung tritt am 1. März 2013 mit folgender Maßgabe in Kraft: § 9 Absatz 2 c) tritt erst mit Inkrafttreten des 1. Nachtrags zur Hauptsatzung vom 21. November 2012 oder, sofern dies zu einem späteren Zeitpunkt erfolgt, mit Inkrafttreten des § 13 Absätze 5 und 6 Weiterbildungsordnung (WBO) gemäß 9. Nachtrag zur WBO vom 17. November 2010 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Allgemeine Entschädigungsregelung der Ärztekammer Berlin in der Fassung vom 25. August 2004, die zuletzt durch den 4. Nachtrag vom 22. Juni 2011 geändert worden ist, außer Kraft.

§ 18 Übergangsregelung

Bis zum Inkrafttreten des § 9 Absatz 2 c) wird erheblicher Zeitaufwand für den Weiterbildungsausschusses Widerspruch (WBA-W) und für die Widerspruchsstelle (WS) wie folgt entschädigt:

- | | |
|-----------------------|----------|
| - Vorsitzender WBA-W: | 400 Euro |
| - Vorsitzender WS: | 325 Euro |